

Verlagschluß
Hiermit ist für Dresden bei täglich zwei-
wöchiger Sonntagsausgabe
Satz und Illustrationen
nur einmal 2,50 M.,
durch entsprechende Seite
zweimal 3,00 M.
Bei ausnahmiger Aus-
stellung durch die Zeit
Büro für Zeitungen.
Die best. Werke aus
Dresden u. Umgebung
am Tage vorliegen, zu
größter Sicherheit ge-
geben erhalten bis zu
seiner Reise mit
der Eisenbahn-Büro
zusammengefügt.
Rücksend nur mit brüs-
siger Briefbeschreibung
(Dresden, Stadt, "7" per
Mai) — Überzeugung
Kundenservice werden
nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liebsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Hofflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Carola-Chocolade.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Neuerungen:
Ankündigung der Ent-
scheidung des Konsi-
gnatoren-Volks-
abstimmung am 20. Mar-
z. — Der neuzeitliche Ge-
schäftsbau. Seite 20 ff.
Gesetzliche Regelungen
aus Dresden 20 ff.
Gesetzliche Regelungen
der Provinz Seite
20 ff. — Die neuzeitliche
Zeitung 20 ff.
— In Nummer 20
Sonn- u. Feiertagen
die neuzeitliche Ge-
schäftsbau 20 ff. auf Preu-
ßen 40 ff. — Die neu-
zeitliche Regelungen
der Provinz Seite 20 ff.
Wiederholung: Anfrage
nach großer Beratungs-
sitzung. — Erste Be-
legungen Seite 20 ff.

Telexgramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Hörer: 11 • 2096 • 3601.**Raucht**

PATENT STRICKWUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an

Egyptian Cigarette CompanyCairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber,
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Buchholz-Hüte
sind von bekannter Güte
nur Annenstr. 28



Konfirmanden-Geschenke!
Uhren und Goldwaren.
Treppenhauer, Seestr. 1.

Med.-Dr. Küchenmeisters Wurm-Rat

zeichnen sich vor vielen anderen Mitteln dadurch aus, dass sie nicht blos **Maden-, Spül- u. Bandwürmer** vollständig abtreiben, sondern auch deren Brut u. sonsige **Darmischmarotzer** absolut sicher vernichten. Alleinverkauf und Versand nach auswärts.

Salomonis-Apotheke
DRESDEN-A., Neumarkt 8.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.
Erika Wedekind ist zum Ehrenmitglied des Magdeburger Stadttheaters ernannt worden.

Die Größnung der Dresdner Rennsaison ist auf den 28. März verschoben worden.

Der Kaiser hat die möglichst baldige Jurisdicition des östasiatischen Deutschen, ausschließlich der Gesellschafts-Schuhwache, befohlen.

Das deutsche Vollschiff Margarita ist in der Nordsee infolge eines Zusammenstoßes mit einem norwegischen Dampfer gesunken, ein großer Teil der Mannschaft ist umgekommen.

Der österreichisch-serbische Konflikt ist durch die neue juridische Note verschärft worden.

Im Pariser Haupttelegraphenamt ist es wieder zu ziemlich ernsten Auseinandersetzungen gekommen.

In Petersburg wurde ein geheimes Waffenlager der Revolutionäre entdeckt.

In Brasilien sollen Diamantenfelder entdeckt worden sein.

Das Kabinett Clémenceau

hat mit der Durchbringung der Einkommensteuer in der Kammer einen vorläufigen, noch der Bestätigung durch den Senat bedürftigen Erfolg zu verzeichnen, der trotz Jahrzehntelanger Bemühungen um das gleiche Ziel noch keinem seiner Vorgänger beschrieben gewesen ist und an dessen Möglichkeit die politische Welt überhaupt nicht mehr recht glaubte, nachdem sie so lange Zeit hindurch hatte Zeuge sein müssen, wie die parlamentarischen Parteien der dritten Republik mit der ganzen Frage ein sörmliches Satirspiel trieben. Der bisherige direkte Besteuerungsmodus in Frankreich beruhte auf der Verteilung von Grundsteuer, Mobiliarsteuer, Fenster- und Türensteuer und Gewerbesteuer, die zusammen einen jährlichen Reinertrag von 600 Millionen Francs abwarf. Bei diesem System lamen aber die grundlegenden sozialen Rücksichten, die von einer gerechten Steuer unzertrennlich sind, außerordentlich schlecht weg, indem gerade die hohen und höchsten Einkommen in ganz unorthodoxmäßiger Weise verschont blieben, während die mittleren und unteren Stufen und namentlich die Landwirtschaft stark bluten mussten. Die üblichen Erfahrungen nach dieser Richtung, die sich je länger desto mehr fühlbar machen, rieben endlich in den vornehmlich bedrückten Kreisen der französischen Steuerzahler eine lebhafte Bewegung zugunsten einer Reform der direkten Steuern nach deutschem und englischem Muster ins Leben, die im Parlament in dem immer nachdrücklicher auftretenden Verlangen nach Vorlegung eines Einkommensneuerungsentwurfes ihr Echo fand. So oft aber bisher die verschiedenen Regierungen der dritten Republik dem von der Linken ausgeübten Drude nachgaben und eine entsprechende Vorlage machten, wurde allemal von derselben Kammer, die erst so laut nach der Einkommensteuer gerufen hatte, das Zustandekommen des Entwurfs vereitelt und die Schuld dann wieder auf die Regierung abgewälzt, die angeblich nicht ihre Pflicht getan hatte und deshalb geben müsse, um einem anderen Ministerium den Platz zu räumen, dem dann genau dieselbe Erfahrung nicht erwartet wurde. In Wirklichkeit war jedesmal die Kammer der allein schuldige Teil, weil sie absichtlich durch Ausspielung von praktisch unmöglichem Forderungen den Entwurf durchkreuzte, aus Angst vor der bestehenden Klasse der Wählerschaft, die mit Hochdruck gegen jede Art von Einkommenssteuer nach deutsch-englischem Muster ankämpfte. Professor Dr. Adolf Wagner hatte nur zu recht, wenn er in seinem letzten vielerörterten Vortrage über die deutsche Reichsfinanzreform u. a. auf das univokale Verhalten der französischen bestehenden Klasse aus Anlaß der Einkommensteuerfrage als abschreckendes Beispiel hinwies.

Heute endlich ist es trotz aller einschneidenden Widerstände der Energie des Finanzministers Gaillaux, der bei der ganzen Aktion die eigentlich treibende Kraft war, gelungen, seinen Entwurf zur Neuregelung des direkten Besteuerungswesens in Frankreich in der Kammer durchzubringen. Danach soll die Einkommensteuer alle bisherigen 4 direkten Steuern ablösen und aus zwei nebeneinander herlaufenden Steuerarten bestehen, einer festen prozentualen Hauptsteuer, die nach den einzelnen Einnahmequellen verschoben abgestuft ist, und einer nach der Höhe des Einkommens ohne Rücksicht auf seine Quellen progressiv steigenden Ergänzungsteuer. Bei der Hauptsteuer werden

7 Kategorien unterschieden: bebauter und unbebauter Grundbesitz; landwirtschaftliche Betriebe; bewegliches Kapital; Handel und Industrie; Gehälter, Pension, Löhne, Renten; freie Berufe. Der Steuerstab schwankt bei den einzelnen Kategorien zwischen 3 und 4 Prozent. Die daneben laufende Ergänzungsteuer ist ebenfalls eine reine Einkommensteuer und hat mit der preußisch-sächsischen Vermögenssteuer nichts zu tun. Sie erspart das Gesamteinkommen als solches ohne Rücksicht auf seine Quellen und beginnt erst bei einem Gesamteinkommen von 3000 Francs mit 0,2 Prozent, um bis auf 4 Prozent bei Einkommen von 100 000 Francs und darüber anzuwachsen. Für die kleinen Einkommen bis zu 2000 Francs ist die gänzliche Befreiung von der Einkommensteuer vorgesehen, so zwar, daß nach Art der Servitkassen bei den Beamtengehötern die Bemessung der steuerfreien Grenze im einzelnen bis zu dem bezeichneten Höchstbetrag, der für Paris gilt, je nach der Größe der Ortschaften wechselt. Aus dieser kurzen Skizzierung der neuen französischen Einkommensteuer läßt sich erkennen, daß es sich um eine wirkliche, von sozialem neuwertlichen Geiste getragene Reform handelt. Das alte Spiel, dem Entwurf durch unerlässliche Abänderungsanträge den Todesstrosch zu verlegen, ist auch diesmal wieder vielfach verübt worden. Herr Gaillaux ließ sich aber auf gar nichts ein, lehnte jedes Votieren ab und stellte die Kammer in jedem solchen Falle klar und klar vor die Alternative, entweder die beanstandeten Anträge zurückzuziehen oder die Regierung zu stützen und damit die Verantwortung für das übermalige Scheitern der Reform zu übernehmen. Die lekte Haltung des Finanzministers sicherte ihm schließlich den Sieg und zwang die Kammer zur Nachgiebigkeit. Damit ist aber das endgültige Schicksal der Reform, wie schon bemerkt, noch nicht entschieden, weil im Senat mit einer scharfen Gegnerkraft gegen die direkte Einkommensteuer zu rechnen ist, die sich unverhüllt auf den Standpunkt des unabdinglichen Egoismus der Verstrebenden stellt und sich von seines sozialen Gedankens Blöße anränseln läßt. Auf diese Kreise spekuliert auch Prinz Napoleon, der als bonapartistischer Präsident die Gelegenheit für günstig hält, um in einem Aufruhr das französische Bürgertum aufzufordern, sich zum Schluß gegen die hohe Besteuerung seines Einkommens und Vermögens vertrauensvoll an die Monarchie zu wenden und ihr wieder seine Interessen anzutrauen". Nach Meldungen, die angeblich aus Senatskreisen stammen, rechnet man dort sicher mit der Verwerfung der Vorlage. Daß die Einkommensteuer einmal doch kommen wird, wird allerdinos auch von ihren Gegnern im Senat geglaubt, die aber auf jeden Fall entschlossen sein sollen, den Eintritt dieses Zeitpunktes noch so lange wie möglich hinauszuschieben.

Sollte der Senat die von der Deputiertenkammer gutgeheilte Vorlage tatsächlich zu Fall bringen, so hätte Herr Gaillaux zweitelloß Gelegenheit, sich einen "guten Abgang" von der politischen Schaubühne zu sichern. Von vielen Seiten wird der Finanzminister direkt als der "kommende Mann" bezeichnet, der berufen sei, die Erbschaft Clémenceaus anzutreten. Sein Name wäre es schon jetzt zu einer Krise im Ministerium gekommen aus Anlaß der vom Nachnungshof festgestellten Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung der für die Marine bewilligten Gelder. Abgesehen von geringen Summen, die für Blumen, Wäsche, Bedienung und ähnliche Privatausgaben des früheren Marineministers Thomson auf Staatskosten gebucht wurden, sind sehr erhebliche Beträge auf dem Wege von Durchsuchereien mit den Lieferanten verschwendet worden. Das Schlimmste ist die Verwendung von Geschüssen, Geschosse und Sprengköpfen, die den militärischen Vorschriften nicht entsprechen und die trotzdem von der Marineverwaltung für die Hälfte des Preises den Lieferanten abgenommen wurden. Es ist begreiflich, daß die öffentliche Meinung diese Entwicklungen mit den zahlreichen Unfällen in der französischen Marine in Zusammenhang bringt und bestätigt Anklagen gegen das ganze Verwaltungssystem erhebt. In parlamentarischen Kreisen soll sogar die Absicht bestehen, den verlorenen Marineminister Thomson in Anklage zu stellen, Herr Gaillaux benützte die Aufdeckung dieser Unregelmäßigkeiten, um als Finanzminister gegen die von seinem Kollegen im Marinerosort geforderten 88 Millionen als erste Rate der umfassenden Marinereorganisationspläne Picards Einspruch zu erheben. Er forderte zuvor Beweise für eine gründliche Besserung in der Finanzverwaltung der Marineverwaltung, ehe er seine Zustimmung zu weitanschauenden Plänen geben könne, die in ihrer Gesamtdurchführung viele Hunderte von Millionen verschlingen würden. Der Streit zwischen Gaillaux

und Picard drohte den Verstand des ganzen Ministeriums zu erschüttern, ist aber inzwischen in einem Ministerate durch den Abschluß eines Kompromisses beigelegt worden. Herr Clémenceau hat also sein Ministerium abermals mit geschickter Hand zusammen gehalten und dürfte sich aller Vorauflauf nach auch bei den bevorstehenden Kammerdebatthen über die finanzielle Misshandlung in der Marineverwaltung, die einen ziemlich härmlichen Verlauf versprechen, noch einmal als der langlebige Ministerpräsident der dritten Republik bewähren, der so seit nicht, daß er mit verblüffender Beharrlichkeit alle politischen Propheten, die sich vermaßen, seinen Sturz vorherzusagen, bis jetzt ad absurdum geführt hat.

Neueste Drahtmeldungen vom 15. März.

Britisches Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission begann heute die Beratung des Etats der preußischen Zentralogenossenschaftslasse. Gleichzeitig wurde die Vorlage betreffend die Erhöhung des Grundkapitals um 2 Millionen Mark beraten. Hierzu war von konserватiver Seite ein Antrag eingereicht, das Grundkapital gleich um 50 Millionen Mark zu erhöhen mit Rücksicht auf die Lage der Preußen-Kasse und die Erfüllung neuer Aufgaben seitens der Genossenschaft. Hierzu gehören insbesondere auch die Erdgasgewährungen an elektrische Ueberlandzentralen. Der Finanzminister wünschte seine so weitgehende Abänderung des Grundkapitals und hielt es auch für bedenklich, die Gründung von elektrischen Ueberlandzentralen förmlich durch Bereitstellung von Mitteln zu fördern. Es könnten Kreise und Provinzen eintreten, wo ein Bedürfnis vorhanden sei. Er hielt die Form der Genossenschaft für die Ueberlandzentralen nicht für geeignet.

Der Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb

Berlin. (Priv.-Tel.) Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über den unlauteren Wettbewerb ist in der Kommission einstweilen vertagt, weil durch die Bevölkerung der ersten Lesung Schwierigkeiten entstanden sind, deren Lösung nicht sicher ist. Es handelt sich um die Frage der Schmiergelder, die der Entwurf der Reichsregierung überhaupt nicht aufgenommen hat, weil die Angelegenheit zu einer geistlichen Regelung noch nicht reif erscheint. Nun hat aber die Kommission in ihrer ersten Lesung einen Paragraphen in den Entwurf aufgenommen, der das Schmiergeldwesen regeln soll, wobei man über Versuche, die auf diesem Gebiete in England mit geistlicher Regelung gemacht worden sind, hinausgegangen ist. Nach den Kommissionsbeschlüssen würde auch die kleinste Geißelkraft, die ein Lieferant dem Angestellten einer Firma erweist, unter Umständen mit schweren Strafen bedroht sein, auch wenn irgendeine Verstülpung eines Entwurfs vorliegt. Es würde also der für Beamte geltende Grundsatze des absoluten Verbots der Annahme von Schenkungen auf die gesamte Geschäftswelt übertragen.

Zum österreichisch-serbischen Konflikt.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der neuen serbischen Note schreibt der "Vol.-Anz": "Die heutige serbische Note hat die Aussichten auf eine friedliche Beilegung des Konflikts auf ein Minimum reduziert und die Geduld Österreich-Ungarns zugleich auf eine harte Probe gestellt. Wenn die Belgrader Regierung in ihrem letzten diplomatischen Schriftstück von normalen Beziehungen zur Donaumonarchie spricht, die Vorstellungen des Grafen Körber wegen der ungewöhnlich eitlen serbischen Rüstungen einfach ignoriert und für den Anteil gibt, als sei der jetzt Monaten zwischen beiden Staaten obwaltende Konflikt plötzlich aus der Welt verschwunden. Es kann ein derartiges Auftreten der serbischen leitenden Kreise bereits an Hohn, den für eine Großmacht schwerlich bieten lassen kann. Welcher Ausweg aus so düsterer Lage gefunden werden soll, ist im Augenblick nicht zu erkennen; so viel ist jedenfalls sicher, daß man in Wien entschlossen ist, auch jetzt noch größte Müßiggang an zeigen. Alle friedlichen Mittel sollen nach wie vor versucht werden, die Belgrader Heilsbornre zur Raison zu bringen. Gelingt das nicht, so kann Freiheit v. Achenthal sich rühmen, den Serben jegliche Gelegenheit geboten zu haben, den Weg der friedlichen Verständigung zu betreten. Dauert die in Belgrad beliebte Verhältnispolitik noch weiter und entschließt man sich dort nicht bald, den schreienen Widerprüfen zwischen friedlichem Notengeschreibsel und kriegerischen Rüstungen aus der Welt zu schaffen, so fällt die ganze Verantwortung dieses abenteuerlichen Gebarens auf Serbien selbst an. Der Würde seiner Großmachtstellung entsprechend, bleibt Österreich-Ungarn dann einzige und allein würdig, aus dem so unbehaglichen Posten die leaste Konsequenz zu ziehen und den diplomatischen Verfall mit einer Regierung abzubrechen, die, sollte was es wolle, im Krieg treibt."

Vienna. Das "Neue Wiener Tageblatt" veröffentlicht ein Interview mit dem hiesigen serbischen Gesandten, der erklärt haben soll, er glaube, daß es nicht zum Kriege kommen werde. Er kennt die Intentionen der serbischen Regierung, wie der leitende österreichische Kreis. Weder hier noch dort wolle man den Krieg. Daher werde es möglich sein, die kritischen Fragen, wie immer gezeigt, sie auch setzen, auszugleichen und friedlich zu lösen.